



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Geben- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 18. bis 24. Juli 1915
ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

tagte in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugswiesiger Bericht sowie eine Uebersicht über die Kassenführung soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Karenzfrist für Unterstützungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Die Wiederaufhebung von Unterstützungsrechten der Ausgestorbenen, die Anrechnung einzelner Unterstützungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde.“ — und verschob die Beschlusfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind, bzw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statistischen Unterstützungen zahlten. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Nur Beratung der Kriegsbeschädigten-
fürsorge gab die Generalkommission einen kurzen

Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieb. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Partellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verhütet werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohnrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildvorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbands-
vorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend zugänglich ist, Arbeitsmöglichkeit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.“

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß

1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Verringerung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmern, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.“

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnach-

weise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgelegenheit und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht versäumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. R. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftscentralen, denn dieser „Sozialpolitiker“ versuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er mache sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preussischen Rundschreiben vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Grüppchen, diesen Parteifreirei auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einheit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechthin: Parteilrettung oder Parteierzstörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.“

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Correspondenzblattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Beurteilungen der gemeinschaftlichen Treibereien der Mißvergünstigten fehlte, einmütig auf den Stand-

punkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Corr.-Bl.“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerschüttern können.“

Nur eine einigte und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenreten.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegsstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundzüge darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralfelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Aenderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Aenderung der Gewerkschaftsstatuten vorbereitet werden.

Am Schlusse wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.“ Der Antrag fand fast allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Jeklin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verstiengener Theorie und hochtrabenden Stilübungen ergehe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

Von unseren Kollegen im Waffenrock.

Feldpostbrief.

Berter Verbandsvorstand!

Unser Blatt, die „Soli“, habe ich regelmäßig im Felde erhalten, und man kann mit einer Ruhe und Hoffnung darauf vertrauen, daß unser Verband die schwere Zeit glücklich überdauern wird. Den beneidenswerten Kollegen und Kolleginnen, die während der schweren Zeit daheim bleiben, gebührt der Dank, die ihr alles daran setzen, um den aus dem Felde glücklich zurückkehrenden Kollegen die Garantie zu geben, daß wir unseren Verband so vorfinden, wie wir, die im Felde stehen, es wünschen. Dies alles kann man mit Freude schon jetzt hoffen. Mit Solidarität und Opferfreudigkeit ist für alle Sorge getragen, was notwendig war, um durchzuhalten, damit wir uns nach dem Kriege, der nicht mehr allzu lange dauern möge, zu gemeinsamer Arbeit in der Organisation wieder vereinigen. Auch der Jahresbericht gibt zu der Hoffnung die Berechtigung und die Arbeit der leitenden Kollegen und Kolleginnen des Verbandes sowie der Ortsvorstände muß anerkannt werden, denn sie haben alles getan, um mit einem solchen Bericht aufwarten zu können. Ferner noch nachträglich meine herzlichste Gratulation zum 25jährigen Bestehen der Zahlstellen Berlin und Hamburg. Von mir selbst kann ich berichten, daß ich am 29. März morgens 6 Uhr in Schöneberg antreten mußte. Als wir nachmittags halb ausgestattet waren, hatten wir das Glück, unser Heim nochmals aufsuchen zu können; am anderen Tage, nachdem wir vollständig eingeleidet waren, nachmittags 4 Uhr ging dann die Reise los und zwar nach den Bogenen. Wir fuhren über Fulda, Frankfurt a. M., Worms, Straßburg und Kolmar nach unserem Bestimmungsort . . . heim. Die Fahrt dauerte sehr lange und war sehr beschwerlich, und wir waren froh, als wir angelangt waren. Am folgenden Tage wurde nach der Stellung himarschiert, wo wir in Zukunft unsere Tätigkeit ausüben sollten. Wir bekamen einen Vorgeschnack davon, was es heißt, bei aufgeweichten Wegen bis über die Stiefelschäfte im Morast zu marschieren. Es machten auch verschiedentlich Kameraden unterwegs schlapp und mußten sich krank melden; dazu kam noch, daß wir aus Anlässen, die ich nicht mitteilen darf, vom fünften Tage an nachts abrücken mußten und zwar um 1 Uhr, ferner war der erste uns zugewiesene Weg infolge Uebererschwemmung nicht mehr passierbar und wir mußten einen Umweg machen, der reichlich dreiviertel Stunden weiter entfernt war, so daß wir jeden Tag, und zwar nahezu 9 Tage, 2 1/4 Stunde hin und 2 1/4 Stunde zurück zu marschieren hatten bei den aufgeweichten Wegen. Kein Wunder, daß bei diesen Anforderungen ein Teil der Kameraden nicht mehr mitmachen konnte; denn es sind doch verschiedene Kameraden dabei, die noch nie schwere Arbeit geleistet haben, und für diese war es doppelt schwer. So ging es 6 Wochen lang, in letzter Zeit war es schon leichter, teils weil man sich daran gewöhnt hatte, teils weil auch bessere Witterung eintrat und somit der Weg besser wurde. Dann ging es weiter und zwar eine Woche nach . . . t, wo wir eine schöne Zeit verlebten, indem wir nur 20 Minuten bis zur Arbeitsstätte marschieren brauchten; aber letzteres dauerte nicht lange, dann mußten wir wieder abrücken und zwar über . . . l, einem Dorf, mitten in den hohen Bergen gelegen, allerdings tief im Thal, eine herrliche Gegend. Wir wurden in einem leerstehenden Hause einquartiert, 37 Mann, und man richtete sich häuslich ein, so gut es eben ging. Ich liege in einer Stube mit noch 7 Kameraden; das ganze Mobiliar ist ein Tisch, eine selbstgezimmerter Wand und eine zurückgelassene Wanduhr. Strohhäcke an der Erde sind unser Lager. Die Kochmaschine leistet uns gute Dienste, da werden die Liebesgaben aus der Heimat schmackhaft zubereitet. Aber schwere Arbeit ist hier zu leisten; mit Spitzhaxe, großem Schlaghammer und Sprengungen gehen wir dem Felsen zu Leibe und man staunt, was der Stellungskrieg alles notwendig macht. Es ist ja schade, daß man nicht ausführlich darüber berichten darf, aber ich glaube, nach dem Kriege wird auch die Tätigkeit der Armerungsstruppen richtige Würdigung finden; denn da sieht man, was der Mensch alles an Strapazen auszuhalten vermag. Jetzt macht fast Keiner mehr schlapp, trotzdem wir täglich einen 900 Meter hohen Berg ersteigen müssen und nach 7 Stunden wieder herabsteigen; das kann nur der-

jenige beurteilen, der selbst dabei war. Jetzt sind wir schon die sechste Woche hier und mit unserer Hauptarbeit fertig; man ist ordentlich erfreut, wenn man sich das Werk ansieht, und wenn man bedenkt, wieviel Kameraden es vor dem feindlichen Feuer Schutz gewähren kann, so hat diese schwere Arbeit seine guten Seiten. Die Betroffenen, die hier einmal wirken, freuen sich jetzt schon darauf. Wenn man hier auf der höchsten Bergespitze steht, hat man einen herrlichen Ausblick: ein Berg immer höher wie der andere, die schönen Wälder mit dem großen Waldbestand, dann wieder grüne Wiesen mit weißgestrichenen Häusern, tiefe Täler, Wasserquellen und Wasserfälle, alles Schönheiten, die das Auge erfreuen, für einen Berliner wahrlich etwas Berauschendes; es müßte nur Frieden sein, dann wäre es herrlich, hier zu leben. Ich muß nun schließen, denn das Talglück in der Flasche sinkt schon bedenklich in den Hals der Flasche hinein; hoffen wir, daß der Frieden den Krieg bald ablösen möge, und daß es der Opfer, auch aus den Reihen unserer Organisation, nicht mehr so viele sind, als bisher; denn ich konnte aus dem Jahresbericht ersehen, daß schon viele brave Kollegen in fremder Erde ruhen; möge es damit bald genug sein und möchten diese Armen nicht umsonst geblutet haben. Ich habe auch das Glück gehabt, in . . . ler die drei Kollegen Kieder, Wolf und Becker zu treffen. Sie können sich denken, daß wir dieses Zusammenstreffen durch einige Pumpen ordentlich begossen haben; leider mußten wir uns allzu schnell wieder trennen mit dem Wunsch auf ein glückliches und baldiges Wiedersehen in der Heimat. Viele Grüße an unsere Kollegen und den gaulen Vorstand. Auf Wiedersehen! P a u l R e i c h e r t.

Rundschau.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungs-Kasse sind bis zum 7. Juli für 33 269 Kriegsteilnehmer auf 47 500 Anteilsscheine 237 600 Mark eingezahlt worden. Die jeden Tag erfolgenden neuen Einberufungen und die an Festigkeit noch zunehmenden Kämpfe auf allen Kriegsschauplätzen steigern die Wichtigkeit dieser Versicherungs-Kasse für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer immer mehr.

Der Kriegsereservefonds der Volksfürsorge beträgt jetzt nach Zuführung der von der Generalversammlung ihm zugewiesenen 40 000 M. Renten, auf deren Bezug die Aktionäre verzichtet haben, 61 900 M. Dieser Betrag steht den Angehörigen derjenigen im Kriege sterbenden Versicherten der Volksfürsorge zu, die bei Ausbruch der Feindseligkeiten mindestens sechs Monate versichert waren und deren Versicherung bis zum Eintritt des Todes regelrecht fortbestanden hat. Die Prämien für die Versicherungen von Kriegsteilnehmer müssen daher ununterbrochen weitergezahlt und eingestellte Versicherungen sofort wieder in den alten Stand gesetzt werden, wenn auf einen Anteil aus dem Kriegsereservefonds Anspruch erhoben werden soll.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Heldentod für das Vaterland erlitten unsere Kollegen

Herdinand Bippert,

Rotationsarbeiter aus Frankfurt a. M., im Alter von 25 Jahren;

Karl Höfner,

Rotationsarbeiter aus Herford, im Alter von 25 Jahren.

Das Andenken dieser Braven hält in Ehren

die Bahnhalle Frankfurt a. M.

Auf dem Schlachtfelde erlitt am 9. Juni den Heldentod unser Kollege

Karl Hauss

aus der Firma Friedrich & Bauer.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Bahnhalle Halle a. S.